



Antrag

Fraktion AfD

Rücknahme von gemeinsamen Aufrufen der Landesregierung mit Linksextremisten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich von der Interventionistischen Linken zu distanzieren und die Unterschriften auf dem gemeinsamen Demonstrationsaufruf vom 9. März 2017 öffentlich zurückzuziehen.

Begründung

Die Interventionistische Linke (IL) ist eine seit Jahren durch diverse Verfassungsschutzbehörden beobachtete linksextreme Gruppierung. Sie bezeichnete sich im Jahr 2014 selbst als „Steineschmeißer und Abwiegler in einem“. Die IL will sich laut Selbstbeschreibung „mit Lust und Ernsthaftigkeit auf einen kollektiven, organisierenden und radikalen Prozeß einlassen [...], mit dem Ziel die Marginalisierung und Machtlosigkeit der Linken zu überwinden.“

Am 9. März 2017 wurde ein Aufruf veröffentlicht, mit dem die Unterzeichner zu gemeinsamen Demonstrationen gegen eine Versammlung der neonazistischen Partei „Die Rechte“ am 1. Mai 2017 in Halle mobilisierten. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörte auch die IL.

Die Ministerinnen Petra Grimm-Benne und Prof. Dr. Claudia Dalbert hatten den Aufruf unter Nennung ihrer dienstlichen Funktion und folglich in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Landesregierung ebenfalls unterzeichnet.

Den Unterschriften unter Berufung auf die amtliche Funktion und damit als Ministerinnen unter einem Demonstrationsaufruf müssen angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (Az: 2 BvE 1/16) ernstliche rechtliche Bedenken begegnen.

(Ausgegeben am 09.05.2019)

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Daniel Roi (AfD) zu diesen Unterschriften (Drs. 7/4098) erklärte die Landesregierung: „Den Unterzeichnerinnen lagen zum Zeitpunkt der Bestätigung der Unterstützung keine Kenntnisse zu den übrigen Unterstützern vor.“

Allerdings hatten die Ministerinnen Grimm-Benne und Prof. Dr. Dalbert am 29. April bzw. 30. April 2017 auf ihren jeweiligen Facebook-Seiten erneut zur Teilnahme an Demonstrationen aufgerufen. Die Ministerin Grimm-Benne tat dies am 29. April 2017 mit dem ausdrücklichen Verweis auf ihre Eigenschaft als Erstunterzeichnerin und damit auf ihr Regierungsamt. Zu diesem Zeitpunkt waren aber die übrigen Unterzeichner schon über sieben Wochen bekannt.

Damit hat sich die Landesregierung zu einem Bündnis bekannt, das zugleich auch durch eine verfassungsfeindliche und gewaltbereite Organisation unterstützt wurde. In der Öffentlichkeit wird somit der fatale Eindruck geschaffen und aufrechterhalten, die Landesregierung Sachsen-Anhalts suche oder nehme zumindest die Zusammenarbeit mit linksextremen Verfassungsfeinden hin. Linksextremistische Gruppierungen werden in ihrer irrigen Annahme bestärkt, ihr Handeln sei legitim und werde durch die Landesregierung gar goutiert.

Auch wenn die Demonstrationen, zu denen Mitglieder der Landesregierung zusammen mit Linksextremisten aufriefen, mittlerweile stattfanden, bleibt ohne Rücknahme der Unterschriften der Eindruck einer Zusammenarbeit bestehen.

Um der Öffentlichkeit und den Bürgern Sachsen-Anhalts, aber auch den Linksextremisten, selbst zu verdeutlichen, dass die Landesregierung im Sinne einer wehrhaften und streitbaren Demokratie sich auf keine Bündnisse mit Verfassungsfeinden einlässt, wird die Landesregierung aufgefordert, die Unterschriften öffentlich zurückzunehmen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender